

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5-spaltige Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 8, II. zu senden.

Nr. 1.

Sonntag, den 7. Januar.

1906.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die Tabakarbeiter Deutschlands.

Flugblatt Nr. 3 wird trotz der Verspätung durch die Feiertage jetzt in den Händen der Adressaten sein. Wo dies nicht der Fall, so ist sofort dem Agitationsleiter des betreffenden Agitationsbezirks oder der Zentral-Kommission davon Mitteilung zu machen; ebenfalls, wer noch von dem zweiten Flugblatt: Die Tabaksteuer-Vorlage, Zusendung wünscht. Flugblatt Nr. 1 ist vergiffen.

Wir wiederholen hier nur kurz, daß alle Kommissionen so viel wie nur irgend möglich das Flugblatt Nr. 3 in allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung zu verbreiten und Partei- sowie auch Gewerkschafts-versammlungen mit diesen Flugblättern aufzuklären suchen sollen.

Desgleichen muß es Aufgabe der Kommissionen des betreffenden Wahlkreises sein, die von ihrem Reichstags-abgeordneten erhaltene Antwort auf etwaige Anfragen nach seiner Stellung zu den Steuerentwürfen der Reichs-regierung zu Papier zu bringen, wenn sie mündlich erfolgt sind, dann aber auch möglichst wörtlich; wenn sie schriftlich erfolgten, gut aufzubewahren, um sie später an uns zur Vervollständigung unsres Materials abzuliefern.

Eine weitere Aufgabe der Kommissionen muß es sein, neben der ständigen Agitation zur Ausbreitung der Protestbewegung auch die Beschaffung von Material für statistische Unterlagen schleunigst ins Auge zu fassen, und zwar: Ueber die Höhe des Arbeitslohnes für die einzelnen Kategorien, über die Dauer der Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, über Bichtung von Lehrlingen, Preise der Wohnungen, der Lebensmittel, über etwaige Gefängnisarbeit, Ausdehnung der Hausarbeit, Handhabung der bundesrätlichen Bestimmungen usw.

Auf die Notwendigkeit dieser statistischen Erhebungen brauchen wir wohl nicht besonders hinzuweisen; es genügt wohl der Hinweis, daß ein gutes und klares vollständiges Material von ausschlaggebender Bedeutung werden kann. Wir betonen hierbei ganz besonders, dieses Material in deutlicher Schrift und klarer Uebersichtlichkeit anzufertigen und nicht damit zu säumen.

Die Zentral-Kommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

S. A.: Karl Butry, Berlin N. 31, Stralsunder Straße 41.

Warnung vor Kuhhändlern.

In dieser Woche findet im Reichstage die erste Beratung der Steuervorlagen, also auch der Tabaksteuer-gesetzentwürfe statt. Gerade die letzteren nehmen das öffentliche Interesse am meisten in Anspruch, weil alle Beteiligten der Tabakindustrie, Unternehmer, Arbeiter und Verschleißer eine lebhafte Protestbewegung gegen die höhere Besteuerung des Tabaks im Volke hervorgerufen haben. Diese Bewegung richtete sich auch auf die Stellungnahme der Abgeordneten, und es sind schon eine Reihe von Abgeordneten derjenigen Kreise, in denen die Tabakindustrie Bedeutung hat, zu Erklärungen veranlaßt worden.

Bis jetzt haben sich nur die befragten sozialdemokratischen und Freisinnigen-Abgeordneten ohne jede Einschränkung gegen eine höhere Belastung des Tabaks ausgesprochen. Nationalliberale und Zentrumsabgeordnete haben wohl erklärt, sie würden gegen die Erhöhung des Zolles und der Steuer auf Tabak stimmen, aber sie behielten sich vor, eventuell für die Erhöhung des Zolles auf importierte Zigarren und Zigaretten, andre sogar für eine Besteuerung der Zigaretten resp. des Zigarettenpapiers zu stimmen.

Es erweist sich als ein ganz geschickter Zug, die Abgeordneten zu derartigen Erklärungen aufzufordern, denn erstens wird ihnen in Erinnerung gebracht, daß sie ihr Mandat nur den breiten Massen der Wähler verbanken und zur Vertretung der Interessen der Volksmassen gewählt sind, andererseits werden schwankende Parteigänger durch solche Erklärungen festgelegt und durch sie zugleich die Haltung der Fraktionen beeinflusst. Freilich hat das letztere bei den bürgerlichen Fraktionen nicht zu viel zu bedeuten, denn sie geben es einzelnen ihrer Mitglieder frei, wenn ihr Mandat durch eine entsprechende Erklärung an die Wähler gerettet werden kann, entgegengesetzt zu stimmen, als die Fraktion beschlossen hat. Gegen diese Taktik der Täuschung können sich die Wähler sichern, wenn so viel als möglich Abgeordnete einer Befragung über ihre Stellungnahme zur höheren Besteuerung des Tabaks ausgesetzt wer-

den. Dazu ist es immer noch Zeit, denn nach der ersten Beratung der Entwürfe im Plenum folgt die sich hinziehende Kommissionsberatung, wo erst der Kuhhandel beginnt.

Ein Kuhhandel scheint denn auch von derjenigen Seite geplant, die partout eine Besteuerung der Zigaretten durchsetzen möchte. Vor diesen unsicheren Kantonisten möchten wir ausdrücklich warnen. Sie führen nichts weniger im Schilde, als die 1894 und 1895 abgelehnte Fabriksteuer auf Umwegen in die Tabakindustrie einzuschmuggeln und der Regierung den Weg frei zu machen für die endliche Durchführung dieser ihrer Wünsche, die unabwendbar zum Monopol führen müßten. Wohl hat die Regierung vor zehn Jahren die Fabriksteuer als einen Schutz vor dem Monopol bezeichnet, aber die gesamte Industrie ließ sich nicht täuschen, die geschäftlichen Kenntnisse mußten allen Beteiligten klar machen, daß die Fabriksteuer nur Vorläuferin des Monopols ist. Die wahre Absicht der Regierung ist: Durch die Fabriksteuer zum Monopol!

Darum sucht sie die Fabriksteuer auf indirektem Wege einzuführen. Dazu ist die Besteuerung der Zigaretten ausgeklügelt worden. Wir weisen hier auf unsere früheren Darlegungen über die Wirkungen des Zigarettensteuer-gesetzes hin, die tatsächlich in einer staatlichen Ueberwachung der Zigarettenproduktion und des gesamten Verschleißes gipfeln, die sich in nichts von der Regieverwaltung unterscheiden und die übrigen Zweige der Tabakindustrie daran gewöhnen sollen, daß auch sie einmal der fiskalischen Ausschachtung und staatlichen Ueberwachung unterworfen werden können. In Wahrheit ist also das Zigarettensteuergesetz für die Tabakindustrie der gefährlichste Teil der Tabaksteuer-gesetzentwürfe. Wo ein Abgeordneter befragt wird, muß er speziell auf diese Gefahr für die Tabakindustrie aufmerksam gemacht werden, die in schleichender Weise, trotz der in den Motiven enthaltenen, scheinbar für die Zigarettenindustrie fürsorglichen Gründe, gerade in diese letztere Industrie geschleppt werden soll. Kurz, die Zigarettensteuer ist der Strick, mit dem man später die Zigarettenindustrie erdroffeln will. Hiergegen muß unbedingt eingesezt werden, ehe es zu spät ist.

In ihrem eignen Interesse müssen die Interessenten der Zigarettenindustrie für die Ablehnung der Zigarettenpapiersteuer eintreten und die Abgeordneten für diese Ablehnung festlegen. Es ist doch selbstverständlich, daß man den Teil der Vorlagen am energischsten bekämpfen muß, der für die gesamte Industrie, in diesem Falle aber auch gegen einen Zweig der Tabakindustrie die größte Gefahr bildet; das ist die Zigarettensteuer. Ihr gegenüber muß die Animosität zwischen dem Unternehmertum der Zigaretten- und Zigarettenindustrie verstümmen, gemeinsam müssen sie diese Gefahr bekämpfen, wie es die Arbeiter beider Industriezweige schon tun.

Die Abgeordneten, die aus mangelnder Sachkenntnis und unzureichender Uebersicht für die Zigarettensteuer stimmen wollen, sind noch zu hehlehren; sie sind die gefährlichsten nicht. Wohl aber die, die als die Helfer beim Kuhhandel zu betrachten sind und bewußt auf eine Besteuerung der Zigarette ausgehen; diese müssen scharf aufs Korn genommen werden. Man wird sie leicht aus ihrer Stellungnahme in der ersten Lesung im Plenum erkennen; sie müssen dann eventuell von ihren Wählern matt gesezt werden. Nur so ist der Kuhhandel zu durchkreuzen.

Unsre Vereinsgenossen, wie überhaupt alle Tabakarbeiter, fordern wir auf, in diesem Sinne zu wirken, die Zeit ist ihnen günstig. Es wäre eine Schmach, wenn sich in dieser gewitterreichen politischen Atmosphäre, die über ganz Europa lastet, die deutschen Arbeiter noch größere Lasten aufhalsen oder gar die Arbeiter einer ganzen Industrie unter die kapitalistisch-politische Fuchtel des monopollüsteren, steuerhungrigen Fiskus bringen ließen.

Wir lassen uns durch die Erklärungen einer Anzahl von bürgerlichen Abgeordneten nicht einlullen und rufen daher die ganze Arbeiterchaft gegen die Pläne der Regierung zum Kampfe auf. Nur so sind die letzteren zuchanden zu machen.

Rundschau.

Staatsbeitrag zur Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften. Auf Drängen der organisierten Arbeiterchaft hat die norwegische Regierung im vorigen Jahre ein Komitee eingesetzt zur Untersuchung der Frage, wie weit es zweckmäßig ist, den Gewerkschaften Staatsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung zu gewähren. Dieses Komitee hat nun einen Gesetzentwurf fertiggestellt, der vom Storting angenommen werden wird. In demselben nächsten Jahre die Wahlen stattfinden und manchen bürgerlichen Abgeordneten eine gewisse Rücksichtnahme auf

die Arbeiterchaft notwendig erscheint. Der Entwurf besagt im wesentlichen, daß der Staat ein Drittel der Kosten tragen soll, die von den Gewerkschaften und Arbeitslosenkassen zur Unterstützung Arbeitsloser ausgegeben werden. Zwei Drittel dieses Staatsbeitrags sollen von den Kommunen, wo die Arbeitslosen sich das letzte Jahr über aufgehalten haben, dem Staat wieder ersetzt werden. Die Gewerkschaften müssen, um der Staatsunterstützung teilhaftig zu werden, ihre Mittel zur Arbeitslosenunterstützung getrennt verwalten, was übrigens jetzt schon in Norwegen der Fall ist. Arbeitern, die die übrigen Zwecke der Gewerkschaften nicht unterstützen wollen, soll es möglich gemacht werden, Mitglieder der Arbeitslosenkassen zu werden. Sie haben dann jedoch kein Recht, an der Verwaltung der Kassen teilzunehmen, können aber zu den Kosten der Verwaltung der Kassen, wenn diese durch Gewerkschaftsmittel gedeckt werden, durch einen Zuschlag von 10 Prozent, wenn dies nicht ausreicht, mit Genehmigung der Behörde, von 15 Prozent der Beiträge herangezogen werden. Das Komitee schlägt vor, daß das Gesetz bereits am 1. Januar 1906 in Kraft tritt und vorläufig bis zum 1. Januar 1910 gilt. Der Gesetzentwurf ist vom Komitee, dem als Vertreter der Arbeiterchaft der Genosse Ormestad angehört, einstimmig beschlossen worden.

Das Erträgnis aus dem französischen Tabakmonopol bezifferte sich im Oktober 1905: für Tabak auf 38 917 000 Frank gegen 38 411 000 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Eine internationale Tabakausstellung für das Jahr 1906 ist in Brüssel geplant. Auch diejenigen Industrien, die mit dem Tabakgewerbe in enger Fühlung stehen, haben das Recht, auszustellen. Die Ausstellung verspricht sehr interessant zu werden, da bereits zahlreiche Tabakvereinigungen des Landes ihre Mitwirkung zugesagt haben. Der Monat August ist für die Eröffnung der Ausstellung in Aussicht genommen worden.

Millionendiebstähle in einer staatlichen Tabakfabrik.

In den letzten Tagen ist man in der Lemberger Tabakfabrik Winniki großen, seit Jahren in bedeutendem Umfang betriebenen Tabak- und Materialdiebstählen auf die Spur gekommen, durch die dem Staate ein mehrere Millionen Kronen betragender Schaden zugefügt wurde. Den Anlaß zur Einleitung der Untersuchung gaben die im Publikum immer häufiger auftretenden Klagen über die minderwertigkeit der Zigaretten, die in den Lemberger Trafiken verkauft wurden. Da die Lemberger Trafiken fast ausschließlich Erzeugnisse der Winniker Fabrik verkaufen, lag der Verdacht nahe, daß in der Hauptfabrik begangene Unregelmäßigkeiten die Schuld an der minderen Qualität der Zigaretten tragen. Die eingeleitete Untersuchung ergab folgendes Resultat: Seit Jahren wurden von Arbeitern der Tabakfabrik im Einverständnis mit den Aufsehern Tabak, Zigarettenhüllen und Schachteln aus der Fabrik fortgeschafft und einem Lemberger Konfitorium übergeben, das die weitere Verarbeitung besorgte. In der Altenbedgasse hatte dieses Konfitorium eine Fabrik eingerichtet, in der an vierzig Arbeiter mit der Verarbeitung des gestohlenen Tabaks beschäftigt waren. Schon aus dieser Art des Betriebes geht hervor, daß der Fabrik kolossale Tabakmengen, die aus der staatlichen Fabrik entwendet wurden, zur Verfügung gestanden haben müssen. Die fertigen Fabrikate kamen in verschiedenen Trafiken Lembergs, deren Besitzer dem Konfitorium angehörten, zum Verkauf. Das Finanzministerium hat eine Kommission mit der Führung der Untersuchung betraut und nach Lemberg entsendet. Bisher wurden acht Verhaftungen vorgenommen, doch ist die Zahl der Mitschuldigen viel größer, und in den nächsten Tagen stehen noch zahlreiche Verhaftungen bevor. Die Defraudation wurde bereits am 11. November auf Grund eines an die Direktion gerichteten anonymen Schreibens entdeckt, in dem berichtet wurde, daß jede Nacht aus der Fabrik ein Mann Tabak und Zigarettenhüllen fortgeschaffe. Auf Grund dieser Anzeige wurde der Verdacht auf den Ladierermeister Moses Frieber gelenkt, bei dem eine Revision einen Teil des gestohlenen Gutes zutage förderte. Es wurden 22 000 Zigarettenhüllen mit der Aufschrift „Damen“ und „Donau“ und fünf Kilo Rauchtabak „Ferrario“ gefunden und jaisiert. Im Zuge der fortschreitenden Untersuchung wurden auch in mehreren Trafiken Revisionen vorgenommen und hierbei Zigaretten, die aus dem gestohlenen Tabak hergestellt worden waren, gefunden. Kürzlich wurden neuerdings zwei Aufseher der Fabrik und drei Komplizen verhaftet. Die Tabakdiebstähle wurden zum größten Teile von Werkführern der Fabrik verübt, die beim Ausgange nicht revidiert wurden. Der Schaden soll an fünf Millionen Kronen betragen. Der Vorgang erinnert an die sprichwörtlichen Diebereien russischer Beamter.

Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren wurden nach einer Aufstellung, die das reichsstatistische Vierteljahrsh

bringt, im Jahre 1904 in Deutschland in 74 837 Fabriken beschäftigt. Im Jahre 1903 waren nur 62 905 gezählt worden. Diese erhebliche Steigerung wird hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß die Gewerbeaufsicht, welche die Zahlen zu dieser Statistik liefert, durch die am 1. Juli 1904 in Kraft getretene kaiserliche Verordnung im Gebiete der Kleider- und Wäschekonfektion eine Ausdehnung erfahren hat, durch die ihr eine beträchtliche Anzahl von kleineren Betrieben (Hut-, Kleider- und Wäschekonfektionswerkstätten) unterstellt wurden. Dadurch ist die Zahl der Fabriken, die jugendliche Arbeiter beschäftigten, in der Industrie der Bekleidung und Reinigung von 3507 auf 13 040 gestiegen, so daß für die übrigen Industrien eine Zunahme von 2449 übrig bleibt. Die Zahl der Fabriken usw., die Arbeiterinnen im Alter von über 16 Jahren beschäftigten, betrug 69 854 gegen 48 706. Die starke Zunahme ist auf dieselben Ursachen zurückzuführen; im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe werden 27 943 Betriebe gezählt gegen 8409 im Jahre 1903. Kinder im Alter von weniger als 14 Jahren wurden in den Fabriken 9624 beschäftigt gegen 8919 im Jahre 1903, darunter 5524 (5391) männliche und 4100 (3528) weibliche. An der Zunahme von 705 ist das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 447 beteiligt. Die Zahl der männlichen jungen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren betrug 232 258 (1903: 221 744), die der weiblichen 127 484 (106 175). Von der Zunahme, die hiernach 31 823 beträgt, entfallen 16 966 auf das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, so daß für die übrigen Gewerbegruppen immer noch eine Zunahme von fast 15 000 übrig bleibt, an der die Metallverarbeitung mit über 3000 und die Maschinenindustrie mit 4000 beteiligt ist. Im ganzen wurden in den Fabriken usw. 369 366 jugendliche Arbeiter gezählt gegen 336 838 im Jahre 1903 und 304 380 im Jahre 1902. Auch nach Abzug des Bekleidungs- und Reinigungsgewerbes bleibt noch eine Zunahme von 14 565 gegenüber einer solchen von 12 458 im Jahre 1903. Die Zahl der erwachsenen Fabrikarbeiterinnen betrug 988 107 gegen 899 338 im Jahre 1903 und 860 087 im Jahre 1902. An der Zunahme um 88 769 ist aber das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 63 812 beteiligt, so daß für die übrigen Gewerbegruppen nur eine Zunahme von 24 957 verbleibt. Die Fabrikarbeiterinnen haben mithin nicht so stark zugenommen, wie im Jahre 1903, in dem die Steigerung mehr als 39 000 betragen hat. Unter den erwachsenen Fabrikarbeiterinnen befanden sich 379 179 16 bis 21 Jahre alte und 608 928 über 21 Jahre alte. Im ganzen waren 1 119 691 weibliche Personen in den der Gewerbeaufsicht unterstellten Fabriken usw. Deutschlands tätig.

„Kinderzusch.“ Zur Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren hat der Bundesrat in Abänderung früherer Bestimmungen beschlossen, daß bis zum 31. Dezember 1908 in gewissen, namentlich aufgeführten Werkstätten eigene Kinder unter 10 Jahren unter folgenden Bedingungen beschäftigt werden dürfen:

1. Die Kinder müssen das 9. Lebensjahr vollendet haben.
2. Die Kinder dürfen nur mit den Arbeiten beschäftigt werden, die nach dem Verzeichnis für die einzelnen Werkstätten gestattet sind.
3. Die Beschäftigung mit den einzelnen Arbeiten darf nur in den Bezirken stattfinden, für die diese Arbeiten nach dem Verzeichnis zugelassen sind.
4. Die Beschäftigung darf nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht stattfinden, um Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren; am Nachmittag darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendeter Unterricht beginnen.

Es handelt sich bei den Werkstätten, bei denen die Arbeit von neunjährigen Kindern zugelassen ist, hauptsächlich um die Industrie der thüringischen Staaten, in erster Reihe um die Spielwarenindustrie, ferner um die Knopfindustrie des Regierungsbezirks Aachen, um gewisse Hilfsindustrien im Königreich Sachsen und um das Auspflücken von Krabben im Regierungsbezirk Schleswig. Die Schutzgesetze, die Deutschland auf sozialpolitischem Gebiete erläßt, werden am treffendsten durch die Ausnahmegestimmungen charakterisiert, von denen sie wie Siebe durchlöchert werden.

Ein neuer Scharfmacherverband beginnt sich in der Schweiz zu bilden. Nachdem erst kürzlich die kleinen Meister von Basel, Zürich usw. sich fester zusammenschlossen, sind es jetzt eine Anzahl größerer Fabrikanten, die zur Gründung eines Trugbündnisses auffordern. Das Komitee versendet ein „vertrauliches“ Zirkular, dem aber unser Züricher Parteiorgan durch Veröffentlichung eine weitere Verbreitung verschafft. Die Komiteemitglieder scheinen ganz gelehrige Schüler ihrer größeren Meister von den deutschen Scharfmacherverbänden zu sein; als Zweck des Verbandes wird da unter anderem angeführt: „Bei fruchtlosen Verhandlungen mit den Arbeitern kann oder soll die Ausperrung derselben organisiert werden. Außerdem ist die Anlegung einer „Schwarzen Liste“ vorgesehen zur Eliminierung aller aufrührerischen und hegerischen Elemente unter den Arbeitern.“ Im Januar dieses Jahres wollen die Herren zu einer Generalversammlung zusammenzutreten. — Man sieht, wie auf politischem, so wird auch auf wirtschaftlichem Gebiete die Kluft zwischen den zwei Bevölkerungsklassen, den Besitzenden und Besitzlosen, auch in der Schweizer Republik eine immer tiefere.

Berichte.

Brieg. Am 27. Dezember fand im Schloß eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kartellbericht; 2. Wahl von zwei Delegierten zur Gaukonferenz; 3. Verschiedenes. Den Kartellbericht erstattete Kollege Brudert. Er hob darin besonders hervor, daß es dem Gewerkschaftskartell leider bis jetzt noch nicht gelungen ist, ein größeres Vermittlungslosal zu schaffen. Selbst zu einem wissenschaftlichen Vortrage über Lungenkrankheiten und ihre Bekämpfung, und zu einer Protestversammlung gegen die geplante Tabaksteuererhöhung, ist kein Lokal zu erlangen. Aber trotzdem wird das Kartell nichts scheuen, um ein Lokal zu erlangen. Bei der nun folgenden Wahl von zwei Delegierten zur Gaukonferenz wurden die Kollegen Baum und Brudert gewählt. Unter dem Punkt Verschiedenes teilte Kollege Wagner mit, daß der Abgeordnete des Kreises, von Spiegel, bis jetzt das Schreiben der hiesigen Kollegen wegen seiner Stellungnahme zur Tabaksteuer nicht beantwortet hat. Die Kollegen sprachen sich dahin aus, daß es sehr bezeichnend für diesen Herrn ist, daß bei Wahlzeiten immer erklärt, ein Herz für die Arbeiter zu haben, jetzt aber kimmert ihn das Elend der Tabakarbeiter nicht. — Kollege Schneider stellte noch den Antrag,

den Kartelldelegierten eine Entschädigung für die Sitzungen zu gewähren. Das wurde angenommen. Kollege Siegmund rügte noch den schwachen Versammlungsbesuch seitens der Kollegen der Fabrik Mayer, wo von über 30 Mitgliedern nur 2 anwesend waren.

Eigersweier. Die am 17. Dezember einberufene Protestversammlung war gut besucht. Der Referent, Kollege Bauer-Karlruhe, führte den Anwesenden in leicht verständlicher Weise vor Augen, welche große Nachteile die geplante Steuererhöhung sowohl für die Arbeiter, als auch für die Konsumenten, sowie für die Pflanzler mit sich bringen wird. Die Resolution, in welcher der Abgeordnete des Wahlkreises aufgefordert wird, gegen diese Steuererhöhung zu stimmen, wurde einstimmig angenommen. Mit einem kräftigen Appell an die anwesenden Tabakarbeiter, sich dem Deutschen Tabakarbeiterverbande anzuschließen, wurde die Versammlung geschlossen.

Erfurt. Die zum 17. Dezember einberufene Konferenz des 11. Gauzes wurde vom Gauleiter D. Wiesen eröffnet. Den Vortritt führt Wiesen. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Delegierten. 2. Die Reorganisation im Deutschen Tabakarbeiterverband. 3. Die drohende Tabaksteuer und ihre Folgen. 4. Organisation und Agitation. Bei dem Bericht der Delegierten stellt sich heraus, daß die Lage der Tabakarbeiter im ganzen Gau keine günstige ist. Die einzelnen Zahlstellen berichten folgendes:

Zahlstelle	Arbeiter am Ort	organisiert	männliche	weibliche	Durchschnittslohn für	
					männliche	weibliche
Pögned	8	8	4	4	20—24	—
Salungen	66	39	23	16	12—16	10—12
Apolda	27	11	11	—	14	9
Walsungen	298	51	21	30	10—16	5—6
Kahla	24	21	18	3	15—19	8,50—11
Pösta	300	150	23	127	12—13	9
Nachhausen	48	37	30	7	11—13	7—13
Schmöln	300	38	38	45	12—15	9
Ronneburg	100	40	25	15	13—17	6—11
Liebschwitz	80	54	9	41	14—17	8—12
Münchensbernsdorf	11	7	7	—	11—13	—
Altenburg	300	145	48	97	11—13	5—7
Roburg	17	14	12	2	11—13	—
Eisenberg	11	9	?	?	10—12	—
Greiz	13	10	7	3	10—13	8—10
Erfurt	85	72	42	30	14—16	7—8

Nicht vertreten sind die Zahlstellen Gera, Brotterode, Eisenberg und Münchensbernsdorf haben ihre Berichte schriftlich eingekandt.

Brotterode konnte keinen Delegierten entsenden, da an diesem Tage Protestversammlung daselbst war.

Der Zahlstelle Gera wird, da es weder durch Delegierten vertreten, noch schriftlichen Bericht eingekandt, ein Tabel ausgesprochen.

Wiesen referiert über Punkt 2 der Tagesordnung: Reorganisation betr. Derselbe führt in längerer Rede aus, wie notwendig gewesen sei, auf der letzten Generalversammlung neue Einrichtungen zu schaffen, um Ereignisse, wie in Dresden vorgekommen, in Zukunft zu vermeiden. In der sich hieran anschließenden Debatte erklären sich die Delegierten von Liebschwitz und Altenburg nicht mit den getroffenen Beschlüssen einverstanden. Erhöhung der Beiträge, Herabsetzung der Leistungen sei zu viel. Ebenso müsse mit dem ausgebeuteten Klassensystem gebrochen werden. Der Delegierte von Liebschwitz hält ebenso die Anstellung der Gauleiter für verfrüht. Nachdem noch einige Delegierte für und wider die gefaßten Beschlüsse gesprochen, gelangt folgende Resolution gegen drei Stimmen zur Annahme:

„Die Delegierten der heutigen Konferenz des 11. Gauzes zu Erfurt verpflichten sich, obgleich einige Delegierte in verschiedenen Punkten mit den Beschlüssen der Generalversammlung nicht einverstanden sind, doch nach denselben für das Wohl des Verbandes zu handeln und zu agitieren.“

Der Kollege Franz Schnell-Erfurt führt zu Punkt 3 in scharfer Rede den Anwesenden die Absichten der Regierung, den Tabak immer noch mehr bluten zu lassen, um den Moloch Militarismus zu befriedigen, vor Augen. Weiter schilderte er die Folgen dieser Steuer, welche für Abertausende von Tabakarbeitern Arbeitslosigkeit und Not bringen würde, und fordert einen jeden auf, mit allen Kräften und bei allen Gelegenheiten gegen diese Vorlage zu protestieren. Allseitiger Beifall lohnte den Redner. Folgende Resolution gelangt einstimmig zur Annahme:

„Die heute im Tiboli zu Erfurt tagende Konferenz des Thüringer Gauzes erblickt in der enormen Erhöhung des Tabakzolls und der Tabaksteuer eine schwere Schädigung der ohnehin schon sehr schlecht gestellten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen. Die Gaukonferenz appelliert deshalb an alle Volksgenossen, überall einen flammenden Protest gegen diese neue unerhörte Belastung der allerärmsten Arbeiter einzulegen.“

Ganz besonders erachtet es die Gaukonferenz als Pflicht der Delegierten, in jedem Orte ihres engeren Wirkungskreises Protestversammlungen einzuberufen und gegen die neue geplante Tabaksteuererhöhung zu protestieren und alle Kollegen und Kolleginnen über den hohen Wert der Organisation in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung aufzuklären. Der Reichstagsabgeordnete jedes Wahlkreises soll zu diesen Versammlungen eingeladen werden.

Zu Punkt 4 führt D. Wiesen aus, daß gerade die jetzige Zeit die beste zur Agitation für unseren Verband sei. Überall sind die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen auf den Wert der Organisation gerade bei der jetzigen Periode hinzuweisen. Aufträge wegen Flugblätter wolle man an den Gauleiter richten; ebenso betr. Abhaltung von Protestversammlungen. Wenn genügende Referenten nicht am Orte, soll dies vom Gauleiter aus geregelt werden.

Wiesen schloß mit einem dreifachen Hoch auf das weitere Glück und Gedeihen des Verbandes die Konferenz.

Habersleben. Am 9. Dezember fand hier eine Protestversammlung gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer statt. Als Referent war Genosse Riendorf-Kiel erschienen, welcher sehr treffend verstand, die Folgen einer Tabaksteuererhöhung für die Tabakarbeiter sowie auch für die Konsumenten klar zu stellen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Regierung hat es vermocht, angelehnt der ungeheuren Belastung des Volkes durch die neue Zollgesetzgebung, wieder mit einer Reihe neuer Steuerentwürfen an den Reichstag heranzutreten. Sie fordert ihrer Gewohnheit gemäß auch jetzt wieder, daß die Lasten von der großen Masse der ärmeren Bevölkerung aufgebracht werden. Als sowohl die Konsumenten wie die Produzenten insbesondere die Tabakarbeiter, schwer bedrückt erklärt die heutige öffentliche Versammlung die geplante Tabaksteuer. Diefelbe bedeutet die Vernichtung zahlreicher Existenzen, auch Kleinfabrikanten und Händler, insbesondere aber Arbeiter der Tabakindustrie. Die Steuererhöhung wird auch Lohnherabsetzungen zur Folge haben. Die Versammelten protestieren aus diesem Grunde und weil sie auch als Konsumenten nicht gemillt sind, sich den Gewinn des Tabaks vermindern zu lassen, auf das lebhafteste gegen jede weitere Besteuerung des Tabaks. Die Versammelten richten an den Herrn Reichstagsabgeordneten dieses Kreises die dringende Bitte, unter allen Umständen gegen die Tabaksteuerentwürfe zu stimmen.“

Hildesheim. Eine am 16. Dezember von den organisierten Tabakarbeitern Hildesheims einberufene Volksversammlung, zu

weicher Kollege A. Hente-Bremen als Referent erschienen, beschäftigte sich mit der Tabak- und Zigarettensteuer, mit welcher die Reichsregierung das Volk beglücken will. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Volksversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die von den verbündeten Regierungen geplante Höherbesteuerung des Tabaks, sowie gegen die Zigarettensteuer. Die Versammlung hat erkannt, daß diese Steuern, wie jede indirekte Steuer, die Tabakkonsumenten schwer belasten und daher auf den Konsum außerordentlich drücken werden. Die Versammlung ist sich ferner darüber klar, daß jede Beschränkung des Konsums von Produkten der Tabakindustrie die letztere und die ihr verwandten Berufe auf das empfindlichste schädigen muß. Nicht nur, daß viele Tausende heute schon im tiefsten Elend lebender Tabakarbeiter brotlos werden müssen; die projektierten Steuern werden auch Tausende von Reisenden, Agenten, Händlern usw. um ihre Existenzen bringen. Sie werden auch dazu führen, daß bei alledem die Produkte verschlechtert werden. Aus allen diesen Gründen verurteilt die Versammlung aufs schärfste eine Politik, die zur Erhaltung des Militarismus und Marinismus immer aufs neue indirekte Steuern erfindet, während sie den Geldbeutel der Besitzenden schon. Die Versammlung gibt der Heberzeugung Ausdruck, daß nur die Sozialdemokratie die gefenschnete volksfeindliche Politik mit Energie bekämpft, und verspricht, durch kräftige Unterstützung dieser Partei der herrschenden volksfeindlichen Politik und damit auch der geplanten Erhöhung der Tabaksteuer entgegenzuwirken.“ Zu dieser Versammlung war der Vertreter des Wahlkreises, Herr Bauermeister, eingeladen, er hat es aber vorgezogen, auf zwei diesbezügliche Schreiben zu schweigen.

Hildesheim. Am 17. Dezember tagte im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz nach Halberstadt; 2. Protest gegen die Erhöhung der Gehälter des Vorstandes; 3. Kartellbericht, Delegiertenwahl zum Kartell und Arbeitersekretariat. Kollege Maharens war gegen die Beschädigung der Konferenz, Thias aber befürwortete die Entsendung eines Delegierten und stellte einen diesbezüglichen Antrag, welcher auch angenommen wurde. Vorgeschlagen wurden Maharens, Hüder und Gluche, letzterer wurde gewählt. Um dem Delegierten Anhaltspunkte zur Konferenz mitzugeben, fand eine rege Diskussion statt. Auch wurde in Erwägung gezogen, wie es möglich sei, die Zentral-Krankentasse sowie den Sortierverband mit dem Tabakarbeiterverband zu verschmelzen; beides aber müsse geschehen und muß der Vorstand suchen, den Weg zur Angliederung zu finden. Dann kam man auf den § 9 zurück; hier zeigte es sich, daß in einer Sache hier am Orte Remedur geschaffen werden mußte. Dies ist auch dahin geregelt, daß Kollege Goedeke einen Antrag folgenden Inhalts stellte: Das betreffende Mitglied muß bei dem angewiesenen Fabrikanten in Arbeit treten, widrigenfalls keine Arbeitslosenunterstützung gewährt werden kann. Was den zweiten Punkt, die Erhöhung der Gehälter des Vorstandes, anbelangt, waren sich etliche Kollegen darüber einig, daß die 200 Mk., welche dem Vorstande bewilligt, wohl hätten besser angewendet werden können, da die Ausgaben durch Anstellung von besoldeten Gauleitern sowieso schon große sind; auch hätte die Herabsetzung der Krankentasse sowie der Arbeitslosenunterstützung anders geregelt werden können, gegen dieses alles protestiert die Versammlung in folgender Resolution: „Die am 17. Dezember tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes protestiert ganz entschieden gegen die Beschlüsse der Generalversammlung betreffend die Erhöhung der Gehälter des Vorstandes; sie begründet den Protest damit, daß die Kollegenschaft so schon genug belastet ist. Sie ist auch der Meinung, daß der Vorstand mit den bis jetzt gezahlten Gehältern wohl zufrieden hätte sein können. Ferner protestiert die Versammlung ganz energisch gegen die Verkürzung der Krankentasse sowie der Arbeitslosenunterstützung.“ Kollege Hüder als Kartelldelegierter gab einen kleinen Bericht über die Arbeiten des Kartells. Diskussion darüber entstand nicht, so konnte man zur Beschl. schreiben. Vorgeschlagen wurden die Kollegen Haupt, Hüder und Thias; gewählt wurde Hüder als Delegierter, Thias als Stellvertreter. Etwas längere Zeit nahm die Besprechung über das Sekretariat in Anspruch, und zwar insofern, als man sich in Punkte Zahlen nicht einigen konnte. Kollege Pauffe half diesem mit folgendem Antrag ab: Eine Liste zur Unterschrift den Mitgliedern vorzulegen, wer sich unterschreibt, ist für das Sekretariat, wer nicht, ist dagegen; letztere haben dann auch keinen Anteil daran. Kostenpunkt beträgt inklusive Kartellbeitrag für weibliche Mitglieder 10 Pfg., für männliche 20 Pfg. (sonst 5 und 10 Pfg.) Dieses wurde angenommen.

Kassel. Am 19. Dezember fand im großen Saale des Stadthabes eine öffentliche Tabakarbeiter- und Interessentenversammlung statt. Reichstagsabg. Förster-Hamburg war als Referent erschienen; derselbe verstand es, in seinem 1/2stündigen, vorzüglichen Vortrage die Anwesenden zu fesseln. Er kam zu dem Schlusse: Die Annahme des vorliegenden Entwurfs sei der Ruin der deutschen Tabakindustrie, Tausenden von Arbeitern würde Arbeitslosigkeit genommen, sie würden dem Hunger überliefert. Das sei die soziale Fürsorge der Regierung! Er ging ferner zur Behandlung der Frage über: Wie können wir eine derartige Politik verhindern? Hier gebe es nur ein Mittel, nämlich die Entfernung aller reaktionären Elemente aus der gesetzgebenden Körperschaft, dem Reichstag. So lange das Volk noch solche Torheiten begehe, Leute wie Lattmann nach Berlin zu schicken, würde es auch geschöpft werden. Der Posttarif werde nach dem 1. März 1906 noch manchem die Augen öffnen. Die Eroberung der politischen Macht sei nötig, um eine derart volkschädigende Politik der herrschenden Klassen zu verhindern. Tun Sie in dieser Beziehung Ihre Pflicht. Lebhafter Beifall wurde ihm hierauf von der Versammlung gezollt. In der nun folgenden Diskussion verlas der Vorsitzende den Briefwechsel mit dem Reichstagsabg. Lattmann, der folgendermaßen lautet: „An Herrn Reichstagsabgeordneten Lattmann in Schmalkalden! Der geplanten Tabakindustrie droht eine neue Gefahr durch die von Seiten der Regierung geplante Tabaksteuererhöhung. Schon jetzt ist der Tabak in einer Weise belastet, daß von einer weiteren Steigerung keine Rede sein kann, ohne der gesamten Tabakindustrie den Todesstoß zu versetzen und Zehntausenden von Arbeitern die Existenz zu vernichten. An und für sich schon ist die Lage der Tabakarbeiter eine derart traurige, daß ihr Einkommen knapp ausreicht, das Leben fristen zu können, besonders aber, wenn man ferner bedenkt, daß unter den 200 000 Tabakarbeitern in Deutschland Zehntausende von Krippeln und schwächlichen Personen in der Tabakindustrie ihr kümmerliches Dasein fristen müssen, die nachher in erster Linie geopfert werden, weil es ihnen nicht möglich ist, eine andre Beschäftigung ergreifen zu können. Abgesehen von den Lasten, welche die gesamte deutsche Arbeiterchaft durch die indirekten Steuern zu ertragen hat, sollen nunmehr die Tabakarbeiter besonders gestraft werden durch die bereits angekündigten neuen Steuerpläne. Es ist daher Pflicht, energig gegen die geplante Tabaksteuererhöhung Stellung zu nehmen.“

Speziell liegt es ja nun mit in Ihrer Hand, als Volksvertreter dazu beizutragen, damit die gesamte Tabakindustrie in Hunger und Elend bringende Vorlage im Reichstage keine Annahme findet. Wir ersuchen Sie daher gütigst, bis 22. November 1905 Mitteilung davon zu machen, welche Stellung Sie zu der Tabaksteuererhöhung einzunehmen gedenken. Die Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuererhöhung, Karl Steinede, Nikolaus Wiemer, Ernst Geißhardt.“

Hierauf ging an den Obmann der Kommission folgende Antwort ein:

Schmalkalden, 15. November. An Herrn Karl Steinede in Kassel!

Auf Ihre Anfrage vom 15. November über meine Stellung zur geplanten Tabaksteuererhöhung erwidere ich: Ich stehe bei

dieser Frage auf dem Boden unzerstreut, das eine unangemessene Belastung des kleinen Mannes und des Mittelstands... (Text continues with discussion on tobacco taxation and social policy)

Latmann, Amtsrichter. Reichstagsabg.

Große Heiterkeit erregte bei der Versammlung die Verlesung des gutgemeinten Rates. Der Abg. Latmann war zu der Versammlung eingeladen, aber nicht erschienen... (Text continues)

Spence. Die Kommission der hiesigen Tabakarbeiter hatte zu Sonntag, den 17. Dezember, zwei Protestversammlungen gegen die Tabaksteuer veranstaltet... (Text continues)

Sprenberg. Am 14. Dezember fand im Bergschloßchen eine öffentliche Protestversammlung gegen die von der Regierung geplante Tabaksteuer statt... (Text continues)

Züllichau. Am 17. Dezember fand im Lokal des Herrn Klepisch eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt... (Text continues)

Briefkasten.

Spence. Das ist unmöglich. Die Versendung beginnt schon während des Drucks.

Vorstand, Bremen. Die Informationsartikel können erst in der nächsten Nummer gebracht werden. Gruß G.

An die Kollegen des 5. Ganges (Westfalen etc.).

Der frühere Abgeordnete Antica macht auf Veranlassung der Zentralkommission in Berlin eine

Agitationstour durch Westfalen, welche am 6. Januar in Blotho beginnt. Unterzeichneter ersucht die Kommissionen und Bevollmächtigten des Verbandes um sofortige Mit-

Teilung, wo Antritt gewünscht wird.

Bielefeld, den 2. Januar 1906.

Wilhelm Schlüter, Sichenmarkstr. 13.

Veranstalt.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Carl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Versendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Adolf Heising, Altona-Ottensen, Lagerstraße 13d (Haus I) part., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Das Mitglied Richard Mhlig aus Naunhof, zurzeit in Dresden, ist nach § 15 des Statuts gestriken.

Das Mitglied Matthias Scholl aus Düsseldorf, Ser. I, 10073, ist ohne Abmeldung aus Bielefeld abgereist. Derselbe hat 1 Mk. Strafe zu zahlen. Die Bevollmächtigten wollen dies beachten.

An die Bevollmächtigten.

Der Vorstand der neuen Statuten und Beitragsmarken ist vollzogen. Zahlstellen, die nun nicht hinreichend mit Statuten und Beitragsmarken besetzt sein sollten, werden ersucht, dem Vorstande davon schleunigst Mitteilung machen zu wollen...

Das Generallistenprotokoll ist in Druck gegeben und wird ebenfalls demnächst sofort zum Verband gelangen.

Das über sandte neue Statut tritt mit dem 1. Januar, laut Beschluss der Leipziger Generalversammlung, in Kraft. Wünschenswert und erforderlich ist es nun, daß alle Mitglieder des Verbands angefordert werden, die Beitragsreste nach den Satzungen des alten Statuts möglichst schnell zu begleichen...

Gleichfalls ersuchen wir, die Abrechnung vom 4. Quartal 1905 aufzustellen und einsenden zu wollen.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 20. Dezember 1905 bis 2. Januar sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

Table with columns: A. Verbandsbeiträge, B. Freiwillige Beiträge. Lists names and amounts from various regions like Darmstadt, Bielefeld, etc.

Der Restbetrag der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiemit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Etwas Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Erhalte die Herren Abender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Bremen, den 2. Januar 1906. W. Nieder-Welland, Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

- Für Ansbach: Bernhard Müller als 1. Bev., Leonhard Klaus als 2. Bev., Hans Klingler als 3. Bev.; Max Fischer, August Mangold, Friedr Gehring als Kontrollleure.
- Für Bielefeld: Fritz Myrro als 1. Bev., Albert Schulz als 2. Bev., Emil Bilz als 3. Bev.; Brinkmann, Maxmann, Schonenberg als Kontrollleure.
- Für Frankenberg: Joh Fintke als 1. Bev., Emil Hofmann als 2. Bev., Richard Naundorf als 3. Bev.; Bruno Horn, Emil Vantien, Hedwig Raden als Kontrollleure.
- Für Schiffbeck: August Niemeyer als 1. Bev.
- Für Schwelgern: Christian Rahrmann als 1. Bev., Martin Schäfer als 2. Bev., G. Kroner als 3. Bev.; Jakob Uelshöffer, Peter Trommel, Hermann Stelter als Kontrollleure.
- Für Westf.: Thienes als 1. Bev., Wilh. Flohr als 2. Bev., G. Kuchendörfer als 3. Bev.; V. Derksen, P. Neuhaus, F. Pöggel als Kontrollleure.

Provisorisch aufgenommen sind:

- Barbara Luz, Ludwig Appel aus Leimen. (?)
- Herm. Berges, Wilh. Saffenberg, Fritz Hildebrand, Georg Vogeler aus Schwelgern, Herm. Giffelmann, Fritz Struck aus Barkhausen, Wilh Rabbeau, Heinr. Teigeler, Heinr. Küster, August Kiemann, Friedrich Kolling, Fritz Schürmann, Heinr. Manen, Wilh. Kampmeyer, Karl Schroeder, Ferd. Fromme aus Blotho. (352)
- Oswald Baer aus Bouch bei Bitterfeld, Wilh Garnisch aus Zahna, Nikolaus Glanzner aus Kleinhausen, Philipp Nidel aus Schwanheim, Ludwig Kraup aus Groß-Daufen (s. R.). (445)
- Margarete Patke, Paul Kloss aus Firschenwalde. (99)
- Emilie Franke aus Ronneburg. (296)
- Hermann Schulte, Friedrich Dehmann, Wilhelm Eichler aus Calbe a. S. (35)
- Friedrich Miesstrath aus Oberbehme, Heinrich Kruse aus Menigshäfen, Karl Brohmeyer aus Sübligern, Sietmann aus Kirch- lenger. (180)
- Fr. Wilhelm Handrow aus Dörbern bei Kottbus (s. R.). (445)
- Emma Fischer, geb Antonied aus Soy, Auguste Wasner, geb. Wietich aus Ohlau, Anna Pauke aus Heiba. (36)
- Karl Rothacker aus Schwelgern, Anna Lehr aus Planstadt, Katharina Bauer aus Sandhausen. (318)
- Heinr. Ruffa aus Stanowitz (Kr. Striegau), (s. R.). (302)
- Mag Zapler aus Eberswalde (s. R.). (92)
- Heinrich Schuster, Karl Schwaab, Barbara Jagel aus Lachen. (219)
- Berta Stein aus Leopoldshall. (222)
- Matthias Reumer aus Leimen, Georg Ebner, Michael Ebner aus Kupfloh, Philipp Reumer, Daniel Sung, Michael Reuter,

Anna Kammauf, Martin Weber, Lisette Renne, Sanche Kerne, Bernhard Reumer, Barbara Kösch, Katharina Schäfer aus Leimen. (203)

Heinrich Stange aus Grewesmühlen (s. R.). (328) Max Stührk aus Lunden (439) Hermann Burtart aus Mürs, Franz Böttcher aus Dürren- ebersdorf, Friederike Burtart aus Würzburg. (124) B. Rudolph aus Sorau (s. R.), Hugo Meyer aus Braun- schweig (s. R.). (22) Frau Kammen aus Windheim, Karl Arnold aus Bielefeld, Fritz Mund aus Blotho. (28) Margarete Vogel aus Ansbach, Marie Fischer aus Reichenau. (7) Martha Fleischer aus Oßberippisch, Helene Blömer aus Klein- falke. (440)

Wilhelm Götting aus Dettinghausen, Wilh. Meister, Heinrich Bollbrück aus Haringhausen. (152) Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Der Vorstand.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Ansbach: Bei Leonhard Klaus, Neustadt 39. An Wochen- tagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12-1 Uhr mittags. In Froburg: Durch Heinr. Krause, Badergasse 33. An Wochentagen von 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12-1 Uhr mittags. In Schwelgern: Beim 2. Bev. Martin Schäfer, Bismarckstr. 12. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12-2 Uhr mittags.

Adressenänderung:

Für Ansbach: Der 1. Bev. Bernhard Müller wohnt Würzburger Straße 28. Für Bielefeld: Der 1. Bev. Fritz Myrro wohnt Sider 228. Für Froburg: Der 1. Bev. Heinrich Krause wohnt Badergasse 33. Für Schiffbeck: Der 1. Bev. A. Niemeyer wohnt Ferdinand- straße 23, pt. Für Schwelgern: Der 1. Bev. Christian Rahrmann wohnt Mühlenstraße 3; der 2. Bev. Martin Schäfer Bismarckstraße 12. Für Westf.: Der 1. Bev. G. Thienes wohnt auf der Löhpe.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!) In Bismarckswerda: Sonnabend, den 6. Januar, nachmittags 2 Uhr, in der Grünen Linde Protestversammlung gegen die geplante Tabaksteuer. Der Reichstagsabgeordnete G. Gräfe ist eingeladen. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Gausau: Sonntag, den 7. Januar, im Lokale zur Stadt Frankfurt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure. 3. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Hahla: Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant zum Anker. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Die Mitglieder werden ausdrücklich darauf auf- merksam gemacht, ihre Beitragsreste zu begleichen, da Jahresabschluss ist und die erhöhten Beiträge in Kraft treten. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Spence: Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 2 Uhr, bei Gastwirt Uppelmann, Welter-Enger. Tagesordnung: 1. Föhung der Beiträge. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. 4. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure. 5. Abrechnung vom 4. Quartal. — Bitte die Mitglieder, ihre Bei- träge zu begleichen, da die Abrechnung sofort abgehandelt werden muß. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Stendal: Sonnabend, den 6. Januar, im Lokale des Herrn B. Wolff, Hallstraße 49. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Bericht von der Gaukonferenz in Halberstadt. 3. Verschiedenes. — Es wird gebeten, vollständig zu erscheinen und die restierenden Beiträge bis dahin zu begleichen. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Altenburg: Montag, den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Goldenen Engel. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt nötig. Kollegen und Kolleginnen! Zeigt einmal den guten Willen und er- scheint recht zahlreich in dieser Versammlung. Es ist eure Pflicht. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Gileburg: Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Tivoli. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure. 3. Bericht vom Gewerkschaftsrat und Wahl eines Delegierten. 4. Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz. 5. Verschiedenes. — Kollegen und Kolleginnen! Versäume niemand diese Versammlung! J. A.: Der Bevollmächtigte. In Gera (N. j. L.): Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Löwenburg, Schmehhüttenstraße 8. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Wegen wichtiger An- gelegenheit ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Halle a. S.: Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Korbs Restaurant. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Kartellbericht. 3. Wahl des in Vorschlag zu bringenden 2. und 3. Bevollmächtigten und der Kontrollleure. 4. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen bittet J. A.: Der Bevollmächtigte. In Achim: Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei L. Rube. Tagesordnung: 1. Quartals-Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure. 3. Ver- schiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Ronneburg: Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Bergschloßchen. Tagesordnung wird in der Versamm- lung bekannt gegeben. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Blotho a. d. Weser: Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal bei Karl Kaffelmann. Die Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Bielefeld: Montag, den 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr, General- versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes über das verfloffene Quartal, sowie Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure. 3. Sonstige Angelegenheiten. — Es wird dringend ersucht, daß alle Mitglieder erscheinen. Die Beiträge sind bis zum 7. 1. zu entrichten für das verfloffene Quartal. Vom 1. Januar treten die erhöhten Beiträge in Kraft. Dies gilt auch für die auswärtigen Mitglieder. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Düsseldorf: Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Kartellbericht. 3. Verschiedenes. — Die Beitrags- reste müssen bis dahin beglichen sein. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Jüterbog: Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Woffermann, Grünstraße. Die Tagesordnung wird im Lokale bekannt gegeben. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder, weiblich wie männlich, ist dringend nötig. J. A.: Der Bevollmächtigte. In Fresen a. S.: Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Adolf Krausers (Fremde-verkehr). Tages- ordnung: 1. Entgegennahme von Beiträgen. 2. Wahl der in Vor- schlag zu bringenden Bevollmächtigten u d. Kontrollleure. 3. Bericht von der Gaukonferenz in Halberstadt. 4. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Siegnis. Wir ersuchen die restierenden Mitglieder, die Restbeiträge spätestens bis zum 19. Januar zu begleichen, sonst müssen wir naturlich vorgehen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Deutscher Tabakarbeiterverband.

In Dresden soll sobald wie möglich, die Stelle des ersten festbesoldeten Ortsbeamten besetzt werden. Das Jahresgehalt beträgt 1800 Mark. Der Verband zahlt außerdem die Hälfte des Beitrages zum „Berein Arbeiterpresse“ und die Beiträge für die Invalidenversicherung und den gesetzlich verpflichtenden Teil für die Krankenversicherung.

Bewerber, die der Tabakbranche angehören und redigiert sein müssen, wollen ihre Bewerbung, versehen mit einem kurz gefassten Aufsatze über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, bis zum 24. Januar 1906 bei **Karl Reichmann, Bremen, Marktstraße 18, II.** einreichen.

Der Ausschuss Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes.

Kongress der freien Hilfskassen.

Dem Reichstag ist eine Regierungsvorlage zugegangen, nach der das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen aufgehoben und diese Kassen dem Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen unterstellt werden sollen. Unter dem Vorwand, das Publikum vor den Schwindkassen zu schützen, soll das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und sollen die Hilfskassen aus dem Regen unter die Traufe gestellt werden, unter der ihnen voraussichtlich gar bald die Luft ausgehen würde. Was es für die Hilfskassen bedeutet, dem Privatversicherungsrecht unterstellt zu werden, davon geben die Sterbekassen einen kleinen Vorgeschmack, die bereits diesem Gesetz unterstellt wurden, Tausende und Abertausende von Mark mußten diese Kassen allein für „versicherungstechnische Gutachten“ bezahlen; wie oft diese Gutachten erneut beigebracht werden müssen, das mögen die Götter und das Reichsaufsichtsamt wissen; außerdem haben die sämtlichen Kassen jährlich eine Weissteuer zur Erhaltung dieses Aufsichtsamtes zu leisten. Das ist aber noch das wenigste. Die bekannten versicherungsmathematischen Anforderungen, welche das kaiserliche Aufsichtsamt auf Grund der „versicherungstechnischen“ Gutachten in bezug auf den Reservefonds an die Kassen gestellt hat, sind so enorm, daß die Hilfskassen ihnen auf die Dauer unmöglich standhalten können. Ueberhülle von 43½ und 42¾ Prozent, also beinahe der Hälfte der Einnahme, genügt dem schneidigen Aufsichtsamt nicht; es wird sogar der Grundlag aufgestellt, daß von einem Ueberhülle so lange nicht gesprochen werden könne, als nicht die ganze versicherte Summe des einzelnen Mitglieds durch den Reservefonds gedeckt ist! Wenn demnach schon die Sterbekassen Riesensummen aufbringen müssen, was wird dann erst in dieser Beziehung den Hilfskassen zugemutet werden, die ja wohl ausnahmslos Kranken- und Sterbekassen zugleich sind! Weitere Schwierigkeiten erwachsen den Kassen, namentlich den zentralisierten, in bezug auf den Gerichtsstand, sowie ihre Verwaltungstätigkeit im allgemeinen.

Pflicht sämtlicher freien Hilfskassen ist, diese neueste Bevormundung nicht stillschweigend sich auferlegen zu lassen, sondern laut und eindringlich dagegen zu protestieren; vielleicht gelingt es, wenn auch nicht den geplanten Streich gänzlich abzuwehren, so doch in seiner Wirkung bedeutend abzuschwächen.

Zu diesem Zweck berufen die Unterzeichneten einen Kongress der eingeschriebenen sowie auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen auf den 16. Januar 1906 nach Berlin ein. Jede Hilfskasse ist verpflichtet, sich auf dem Kongress vertreten zu lassen; soweit die einzelne Kasse nicht in der Lage ist, selbständig einen Delegierten entsenden zu können, möge sich diese mit andern in gleicher Lage zwecks gemeinschaftlicher Entsendung eines Delegierten verständigen oder ihre Vertretung dem Delegierten einer größeren Kasse übertragen.

Jede Kasse kann durch einen oder mehrere Delegierte vertreten sein. Jeder Delegierte hat sich durch ein Mandat zu legitimieren, das von dem Vorstand der Kasse oder der Kassen ausgestellt sein muß, die der Delegierte vertritt. Die Mitgliederzahl der Kasse ist ebenfalls anzugeben; auch muß das Statut sowie der Rechnungsabschluss für 1904 eingereicht werden, um feststellen zu können, ob etwa auch sogenannte Schwindkassen sich in unsere Reihen mischen wollen. Weitere Bekanntmachungen in bezug auf den Kongress erfolgen später.

Anträge, die zu dem Kongress gestellt werden sollen, sind an **C. Deisinger, Hamburg I, Hohe Bleichen 34**, einzusenden, und zwar so frühzeitig, daß sie noch gedruckt dem Kongress unterbreitet werden können.

Hamburg, 15. Dezember

Verband freier Krankenkassen (Sitz Hamburg).
Deutscher Krankenkassenverband (Sitz Dresden).
Vereinigte Hilfskassen von Hamburg-Altona

Unter Hinweis auf den vorstehenden Aufruf machen wir hiermit bekannt, daß der Kongress der eingeschriebenen, sowie auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteter Hilfskassen in Berlin, Engländer 15, Gewerkschaftshaus, stattfindet. Er wird Dienstag, 16. Januar 1906, vormittags 9 Uhr, eröffnet und voraussichtlich zwei Tage dauern.

Tagesordnung: Der Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen. Beratung der vorliegenden Anträge.

Jeder Delegierte muß sofort nach erfolgter Wahl bei Herrn **Simanowski, Berlin SO. 16, Engländer 15, III**, angemeldet werden, wobei anzugeben ist, welche Kasse er vertritt und wieviel Mitglieder diese zählt. Soll Quartier besorgt werden, so ist auch dieses zu bemerken.

Ferner hat sich jeder Delegierte am Montag, 15. Januar 1906, in der Zeit von 2 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts im Gewerkschaftshaus, Engländer 15, einzufinden, um gegen Abgabe des Mandats seine weitere Legitimation in Empfang zu nehmen.

Hamburg, 30. Dezember 1905.

Die Kongress-Kommission.

Gewerkschaftliches.

Schönlank. Der Bezug ist fernzuhalten, da in 6 Betrieben die Arbeiter in einen Lohnkampf verwickelt sind, woran zirka 160 Personen beteiligt sind.

Kreischa (Bezirk Dresden). Die Arbeiter bei der Firma Martin sind in einem Lohnkampf begriffen und wird nach hier um Fernhaltung des Bezuges gebeten.

In Kattwed auf Seeland ist infolge von Lohnstreitigkeiten ein Tabakspinnereitrieb ausgebrochen. Wir ersuchen die deutschen Tabakspinner, keine Stellung nach dorthin anzunehmen, falls sich Agenten an sie heranzumachen wollen.

Der Arbeiterbewegung den Rücken gekehrt. Der Verbandsvorsitzende des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter, Bruno Boersch, hat sein Amt niedergelegt und seine Stellung als Verbandsbeamter gekündigt. Diese Kündigung ist angenommen worden und seinem Wunsche, sofort entlassen zu werden, wurde entsprochen. Boersch ist zurückgetreten, weil er in einer ganzen Reihe von Fragen andere Ansichten vertrat, als wie sie mit der modernen Gewerkschaftsbewegung in Einklang zu bringen sind. Boersch, der seit Gründung des Gemeindefacharbeiterverbandes Mitglied desselben war, tritt aus demselben aus, um in die Redaktion der Westdeutschen Abendpost einzutreten, wo er „für eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung, unabhängig von jeder politischen Partei“, wirken will. Das hätte er im Rahmen der modernen Gewerkschaftsbewegung vollumfänglich tun können; für eine Hyperneutralität, die ängstlich jede Berührung mit politischen Dingen vermeiden möchte, ist in ihr allerdings kein Raum. Auch Bruno Boersch wird bald genug einsehen, daß die Westdeutsche Abendpost ihn nur als Köder benutzen will, um die Arbeiter für die bürgerlichen Parteien einzufangen.

Konferenzbericht des 3. Gaus.

Die Konferenz tagte Montag, 25. Dezember, in Halberstadt. Vertreten waren außer Rüdten, Peine, Genthin und Celle alle Orte. Zu Vorsitzenden wurden König-Galberstadt und Schmelztopf-Braunschweig, zu Schriftführern Lehmann-Bernigerode und Frötsch-Fröden gewählt.

Zum 1. Punkt, Die Reorganisation des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands, referierte Burgold-Braunschweig.

Der Tabakarbeiter-Verband ist eine der ältesten Organisationen, die sich auch unter dem Sozialistengesetz Geltung zu verschaffen suchte. Die Beiträge, die außerordentlich gering waren, mußten nach und nach erhöht werden, damit der Verband den immer größer werdenden Anforderungen genügen konnte. Schon nach dem Erörterten Kongress wurde die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung ventiliert, deren Verwirklichung der Dresdner Generalversammlung vorbehalten blieb. Bei der Einführung der Unterstützungen wurde im Auge behalten, daß der Verband den Kampfscharakter behält. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Unterstützungen den Verband gefördert haben. Die Leipziger Generalversammlung mußte an den Dresdner Beschlüssen Änderungen vornehmen, um den Verband mehr Mittel zum Kampf zuzuführen. Es trifft nicht zu, daß den Mitgliedern nur Rechte genommen sind. Beschnitten ist worden, wo es zwingend nötig war, zugelegt wurde dort, wo es finanziell möglich war. Redner weist auf den Wert der Gauleiter hin und zeigt, wie dieselben arbeiten können; die Bevollmächtigten haben aber die Pflicht, den Gauleiter zu unterstützen, dann wird es uns möglich sein, den Verband zu fördern.

Lingner-Dessau erklärt den Passus der Statuten, der die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an invalide Mitglieder vorsieht.

Frötsch-Fröden wünscht, daß dieser Passus präziser ausgedrückt würde, um Irrtümer zu vermeiden. Einige Kollegen waren der Meinung, daß man die Beiträge hätte um 10 Pfg. erhöhen können, und die Unterstützungen so belassen, wie sie waren.

Salzwedel: Die Leipziger Generalversammlung konnte nicht anders handeln; der Verband muß so gestellt sein, daß er Lohnforderungen unterstützen kann, der Kampfscharakter muß ihm gewahrt bleiben.

Lehmann-Bernigerode: Den Beitrag um 10 Pfg. zu erhöhen und die Unterstützung zu belassen, wie sie war, das war nicht möglich. Der Beitrag wurde erhöht, um Mittel zum Kampf zu gewinnen; die Unterstützungen wurden beschnitten, damit sich die Ausgaben mit den Einnahmen für Unterstützungen einigermaßen decken. Die Gehälter des Vorstands mußten erhöht werden, wir dürfen uns nicht sagen lassen, daß wir unsere Angestellten schlecht bezahlen. Wir verlangen, daß sie etwas Gutes leisten, da müssen wir gut zahlen.

Altsch-Goslar: Die höheren Klassen schaden dem Verband, da sie die Ausgaben nicht decken.

Schmelztopf-Braunschweig und Rischmüller-Hannover betonen ebenfalls, der Kampfscharakter des Verbands müsse gewahrt werden, dazu gehören Mittel. In seinem Schlusssatz führte Burgold aus, daß die Leipziger Generalversammlung alles wohl erwogen habe. Hierauf wird eine Resolution einstimmig angenommen, in der sich alle Delegierten mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden erklären und dahin wirken wollen, daß dieselben dem Verbands zum Vorteil gereichen.

Schluß der Vormittagsitzung ½ 2 Uhr.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Agitation und Organisation, wünscht Burgold, daß dieser Punkt den Gauleiter über die Verhältnisse der einzelnen Orte orientieren soll. Redner eröffnet die erste von ihm veranstaltete Enquete. Die Beantwortung der Frage: Wieviel Mitglieder? stimmt mit der Beantwortung der Frage: Wieviel Marken verkauft sind? — nicht in allen Bezirken überein, er hoffe aber, daß dieses bei weiteren Enqueten der Fall sein wird. Nach dem Ergebnis zählen wir im Gau zirka 2900 Tabakarbeiter, 1500 männliche und 1400 weibliche; davon sind 1542 organisiert. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind überall ungünstig, die bundesrätlichen Bestimmungen werden sehr mangelhaft innegehalten. Redner erörtert die Agitation; um neugewonnene Mitglieder an den Verband zu fesseln, müsse dieselbe fortgesetzt betrieben werden. Die Bevoll-

mächtigten müßten hier hilfreich zur Hand sein, sie müßten danach trachten, alle Versammlungen interessant zu gestalten.

Schulze-Stendal: Die Tabakindustrie ist hier sehr schwach, jedoch haben wir noch einige Unorganisierte; wir hoffen aber, dieselben noch zu gewinnen. Die Löhne betragen 7.75 Mk. bis 9 Mk. pro Mille.

Salzwedel-Bernigerode: Die Tabakindustrie ist hier in der Abnahme begriffen. Im Januar 1904 betrug die Zahl 312, sie ist zurückgegangen auf 200. Die Löhne sind im Durchschnitt 28 Pfg. pro Stunde für Roller, 25 für Rollerrinnen, 13 für Wickelmacher, 11½ für Zurichter. Organisiert waren 1902: 78; 1903: 127; 1904: 157; 1905: 196. Durch das Abreisen der Arbeiter ist die Zahl derselben zurückgegangen.

Lingner-Dessau: Wir haben überall versucht, die noch Fernstehenden für den Verband zu gewinnen; wir haben sehr unter Lokalmangel zu leiden, darum gehen uns die Mitglieder verschiedentlich wieder verloren. Nutzen wir die gegenwärtige Zeit zur Agitation aus.

Altsch-Goslar: Wir haben 84 Tabakarbeiter, davon sind 52 organisiert. Die Arbeitszeit beträgt inklusive 2½ Stunden Pause 12 Stunden. Der Lohn ist durchschnittlich 16 Mk.

Hildesheim: Hier sind 120 Tabakarbeiter. Organisiert 90, davon 6, die nach hier zahlen. Die Löhne sind 7.50 Mk. bis 15 Mk. pro Mille. Die durchschnittlichen Wochenlöhne schwanken zwischen 11 bis 15 Mk. In betreff der Agitation bin ich der Meinung, es den Bevollmächtigten zu überlassen, in den wichtigsten Fällen den Gauleiter mit heranzuziehen.

Rischmüller-Hannover: Bei uns ist alles Kleinbetrieb; auch ist Kautabakfabrikation hier. Während bei den Tabakarbeitern ziemlich alle organisiert sind, haben wir bei diesen (? Red.) wenig Erfolg, da hier verschiedene Umstände mitspielen. Der Lohn beträgt 8 bis 12 Mk. pro Mille. Am Orte sind 120 Tabakarbeiter, davon sind 78 organisiert.

Rump-Hannover: Zigarettenarbeiter sind 175 hier, 58 männliche und 117 weibliche. Organisiert sind 142. Es bekommen 132 Arbeiter 2.50 bis 3 Mk. Lohn pro Mille; 43 Arbeiter 2.25 Mk. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Als Heimarbeiter sind 15 beschäftigt.

Paad-Bernburg: Tabakarbeiter haben wir 128 zu verzeichnen, davon sind 108 organisiert. Die Löhne betragen für Roller 4.60 Mk. bis 6.20 Mk. pro Mille; durchschnittlicher Wochenlohn 16 Mk.; für Wickelmacher 2.30 bis 3 Mk.; der Wochenlohn schwankt zwischen 3.30 bis 12 Mk. Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden. In Cötzen, sowie in Calbe sind über 100 Tabakarbeiter; organisiert ist keiner.

Voß-Helmstedt: Am Orte sind 29 Tabakarbeiter, organisiert 9. Der Lohn beträgt 8.50 bis 12.50 Mk. pro Mille; der Wochenlohn im Durchschnitt 15 Mk.; die Arbeitszeit 10 Stunden.

Kaue-Zerbst: Hier sind 30 Tabakarbeiter, davon sind 20 organisiert. Die Wochenlöhne betragen 12.50 bis 15.50 Mk., für weibliche 6.50 bis 9.50 Mk.

Brimmer-Erleben: Ich verrete 5 Orte mit zirka 60 Tabakarbeitern, davon sind 19 organisiert. Die Löhne betragen 12 bis 14 Mk. pro Woche.

Schanz-Magdeburg. Die Fabrikation wird von hier verlegt, wir haben daher meistens mit Kleinbetrieb zu rechnen. Die bundesrätlichen Bestimmungen werden nicht innegehalten. Einlage wird meistens im Arbeitsraum getrocknet.

Steinberg-Braunschweig: Hier sind 338 Arbeiter, davon sind 311 organisiert. Der Durchschnittslohn beträgt 11.15 Mk. pro Woche. Die bundesrätlichen Bestimmungen werden nicht innegehalten; über ungenügende Luft wird überall geklagt.

Wolfenbüttel: Hier sind 37 Tabakarbeiter, davon 11 organisiert. Der Lohn beträgt 8.50 bis 9.50 Mk. pro Mille; pro Woche 16 Mk. bei 10 Stunden Arbeitszeit.

Neudorf: Wir verzeichnen 48 Tabakarbeiter; die männlichen, 21, sind organisiert, von 27 weiblichen nur 12. Der Lohn ist für Roller 4.75 bis 8.50 Mk., für weibliche 50 Pfg. weniger. Der Durchschnittslohn ist 14 bis 16 Mk.

In Oschersleben sind ca. 100 Tabakarbeiter, davon 3 männliche. Die Löhne betragen für Roller 3 bis 4.50 Mk., für Wickelmacher 2.20 bis 2.70 Mk. Der Durchschnittslohn pro Woche für Roller 13, für Wickelmacher 8 Mk. Organisation ist nicht vorhanden.

Burg: Die Zigarettenfabrikation liegt hier im Kleinbetrieb. Am Orte sind ca. 33 Tabakarbeiter, darunter 15 Selbständige mit 3 Lehrlingen. Organisiert sind 28, 1 Selbständiger im Schuhmacherverband. Die Löhne betragen 7.50 bis 9.75 Mk. Der durchschnittliche Wochenlohn ist bei männlichen 12 bis 14 Mk., bei weiblichen 8 bis 9 Mk. Bei uns hält es schwer, die noch Fernstehenden zu gewinnen.

Idelhausen: Am Orte sind 35 Tabakarbeiter, alles männliche; davon sind 5 selbständig, 4 arbeiten in der Fabrik, 26 haben Hausarbeit. Organisiert sind 17. Die Löhne sind im Durchschnitt 8 bis 12 Mk. Der Berichterstatter hofft, die noch Fernstehenden durch Hausagitation zu gewinnen.

Münchehof: Tabakarbeiter sind 52 hier, davon sind 42 organisiert. Der Mindestlohn ist 7 Mk., der Höchstlohn 15 Mk. Die Nichtorganisierten hoffen wir noch zu gewinnen.

Tangermünde: 13 Tabakarbeiter sind am Orte, davon 11 organisiert. Außerdem kommen von außerhalb 6 Organisierte hinzu. Die Löhne sind bei freier Zurichtung 8 bis 10 Mk. pro Mille; Durchschnittslohn 12 bis 14 Mk.

Lehmann-Bernigerode: Trotz dem der Gau nicht zu den schlechtesten gehört, wird der Gauleiter ein gutes Stück Arbeit haben. Die Art der Agitation muß sich nach den örtlichen Verhältnissen richten und muß von den Bevollmächtigten und Gauleiter bestimmt werden. In jeder Beziehung müssen Bevollmächtigte und Gauleiter gemeinsam arbeiten. Ueber die Innehaltung der bundesrätlichen Bestimmungen muß mehr gewacht und in kommenden Enqueten genau darüber berichtet werden. Die Enqueten sollen Grundlagen für den Gauleiter sein. Arbeiten wir gemeinsam in allen Beziehungen, so kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Burgold: Die Gauleiter sind geschaffen, um die Agitation zu regeln und den alten Schlenkrian zu beseitigen. Rischmüller-Hannover und Lingner-Dessau betonen, der Gauleiter müsse mit den Bevollmächtigten Hand in Hand arbeiten.

Nach einem Schlusssatz Burgolds wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Gaukonferenz hält eine rege Agitation im Gau für notwendig und beauftragt den Gauleiter, bei Vornahme von Agitation, gleichviel an welchem Orte, sich immer den örtlichen Verhältnissen anzupassen und hat sich zu diesem Zwecke mit den Bevollmächtigten in Verbindung zu setzen.“

Zu Punkt 3, Verschiedenes, bringt Lehmann folgende Resolution ein, die einstimmig angenommen wird:

„Die am 25. Dezember in Halberstadt tagende Gaukonferenz protestiert gegen die seitens der Reichsregierung beabsichtigte Erhöhung der Tabaksteuer, wie überhaupt gegen jede Mehrbelastung des Tabaks, die die Herabminderung der ohnehin schon niedrigen Löhne begünstigt, den Konsum aller Tabakprodukte einschränkt und Arbeitslosigkeit, Not und Elend der Tabakarbeiter zur Folge hat. Die Versammelten fordern alle Beteiligten zur

heftigen Gegenwehr auf und versprechen, bei den Abgeordneten ihrer Wahlkreise darauf hinzuwirken, daß die Vorlage abgelehnt wird."

Burgold begründet darauf folgende einstimmig angenommene Resolution:

Die Konferenz erklärt sich mit der Haltung des Tabakarbeiterkongresses einverstanden und ermuntert seinen Redakteur, in Zukunft wie bisher gegen jede Verwässerung der Arbeiterbewegung Front zu machen.

Salzweil stellt folgenden, gegen eine Stimme angenommenen Antrag: Beim Vorstand zu beantragen, alle Jahre eine Konferenz stattfinden zu lassen.

Auf Antrag Nischmüller soll es heißen: mindestens alle Jahre. Das Amendement wird angenommen.

Nach einem kräftigen Schlußwort Burgolds wird die Konferenz 6 1/2 Uhr von Schmeltz mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband geschlossen.

Berichte.

Bremen-Gast. Wenn der Kollege Rauch auf der Konferenz des 2. Gau'es es bedauerte, daß man sich über die Gehälter aufgeregt hat, so kann ich nur bedauern, daß er nicht diejenigen „tüchtigen Kräfte“ nominiert hat, welche uns, dem Verbandsrat, wegen mangelnden pekuniären Entgegenkommens verloren gegangen sind. Soviel mir bekannt ist, hat der Verband bis jetzt noch gar keine Ursache, sich mit Selbstvorwürfen Rauchscher Oberleitung zu quälen, denn die Bezahlung der Beamten ist eine den Leistungen derselben durchaus entsprechende und anständige. Es gehört doch wahrhaftig keine professorale Weisheit dazu, wie es nach den Äußerungen des Kollegen Rauch bald scheinen möchte, die verwaltungsmäßigen Arbeiten, welcher der Posten eines Vorstandsmitglieds erfordert, zu leisten. Am meisten Aufmerksamkeit wird wohl noch der Kassierer angewandt, doch auch seine rechnerische Tätigkeit bewegt sich innerhalb der Grenzen der vier Spezies, und vornehmlich in der Subtraktion und Addition, also kann auch hier von einer besonderen höheren geistigen Leistung absolut keine Rede sein. Übrigens finde ich, daß es im Interesse des Verbandes ganz zweckmäßig und durchaus nicht bedauerlich ist, wenn den Ämtern der unbegrenzten Gehalts-erweiterung zuweilen einmal auf die Finger geklopft wird, und ich glaube, daß zahlreiche Mitglieder in dieser Hinsicht mit mir übereinstimmen werden. Der Kollege Rauch meinte dann noch, daß acht Stunden täglicher „monotoner“ Bureauarbeit (wo bleibt da das höhere Geistige?) zu viel und kein Vergnügen sei. Nun, von letzterem bin ich überzeugt; aber ich glaube, daß der Kollege Rauch mit mir übereinstimmt in der Ansicht, daß der Verband 2000 Mk. für einen Vorstandsposten auch nicht gerade zu seinem Vergnügen ausgibt. Wenn nun wirklich acht Stunden tägliche „monotoner“ Bureauarbeit für einen Sterblichen zu viel ist, so könnte uns ja Kollege Rauch belehren darüber, wie hoch sich das Maximum an täglicher „monotoner“ Bureauarbeit belaufen darf. Die Fahrten auf der Bahn erfordern auch viel von dem Einzelnen, meint der Kollege Rauch. Nun ja, wer auf der Bahn fährt, muß sich ein bißchen Mühen und Schütteln gefallen lassen, und wer das bißchen Mühen und Schütteln nicht vertragen kann, muß sich eben zu Kosten, die bezügliche bebingen, nicht wählen lassen. Doch vielleicht macht der Kollege Rauch Vorwürfe, dahingehend, daß die „Mühen und Schütteln“ nicht „ausreichen“, extra honoriert wird. Vorläufig gibt es ja nur 10 Mk. Diäten und das Gehalt geht weiter.

Achtungsvoll

G. Schmidt.

Freiburg. Hier war für den 30. Dezember 1905 eine Versammlung geplant, die gegen die geplante Tabaksteuer Stellung nehmen sollte. Im Einverständnis mit Fabrikanten war dazu ein großer Saal genommen worden, und als Referent sollte Kollege Geher-Leipzig auftreten. In den letzten Tagen nahm der Besitzer des Saales sein Versprechen zurück. Als Grund gab er an, es seien Demonstrationen zu befürchten. Die Demonstrationen treibt in Sachsen sonderbare Blüten — jetzt meint man also schon, daß wegen des Tabaksteuerprojektes die Revolution einzieht, wenigstens in Freiberg.

Guben. Am 20. Dezember tagte im Schwarzen Bär eine öffentliche Protestversammlung gegen die Tabaksteuer, welche in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung zu schwach besucht war. Der Vortrag vom Kollegen Riesel-Berlin wurde mit Beifall angenommen. Eine Resolution, welche entschieden gegen jede Mehrbelastung des Tabaks protestiert, fand einstimmige Annahme. Der Händler Herr Großmann konnte noch die Mitteilung machen, daß der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Prinz Carolath Einkäufe halber bei ihm gewesen sei, und da er Mitglied der Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuer ist, habe er es gleich wahrgenommen, denselben zu fragen, was für eine Stellung er zur Tabaksteuer einnehme. Die Antwort war eine befriedigende, indem er die Erklärung abgab, gegen dieselbe zu stimmen. Er sei auch nicht abgeneigt, sich mit einer Deputation, welche ihm die Lage in den Interessentkreisen klarlegen soll, mündlich auszuspochen. Es wurde dementsprechend gehandelt und die Kollegen Laru und Mengel und die Herren Großmann und Eichler als Deputierte gewählt. Dieselben, außer Kollegen Mengel, welcher verhindert war, wurden am 8. Feiertag (26. Dezember) vorstellig und wurde ihnen nach genügender Befragung über den Stand der Industrie, speziell über die Lage der Arbeiter und wie es kommt, daß deren Durchschnittsalter so gering ist; warum es gerade in unserer Industrie so viel Krippel gibt usw., die nochmalige Erklärung erteilt, daß der Herr Abgeordnete für eine Tabak- und Zigarettensteuer, welche unserer Industrie und hauptsächlich den Arbeitern als Produzenten und Konsumenten zum Nachteil sein würde, nie zu haben sein wird. Betreffs der Importen von Zigaretten und Zigarren wolle er noch keine bestimmte Äußerung tun. — Hoffentlich löst Herr Carolath sein Versprechen ein; wir können uns eines leisen Zweifels nicht erwehren, weil er auch für den Zolltarif stimmte!

Herrheim. Heute sehen wir uns gezwungen, auch wieder den Raum des Tabakarbeiters in Anspruch zu nehmen, um das Verhalten der lieben Christlichen wieder einmal ins klare Licht zu stellen. In der Zeit vom 21. November bis zum 7. Dezember waren bei der Firma Salzmänn u. Brause, Filiale Herrheim, Lohnunterschieden ausgebrochen. Da die Arbeiter in der Filiale Herrheim im Lohn und Material bedeutend schlechter standen, als die in Mühlheim, so sahen sich letztere gezwungen, in eine Lohnbewegung zu treten. Die Filiale beschäftigte 32 Arbeiter, wovon 9 dem freien Verbande und 14 dem christlichen Verbande angehörten; die übrigen waren jugendliche. Es wurde eine Werkstättenversammlung einberufen und eine Kommission von vier Mann gewählt, zwei vom freien und zwei vom christlichen Verband. Als dem Meister von der Filiale, mit Namen Gaulh, die Sachen zu Ohren kamen, ging er zu den Herren Prinzipalen und demunzierte die Arbeiter wie folgt: Wenn Herr Salzmänn und Brause den Arbeitern einen halben besseren Deckblatt und ein Faß Bier geben, dann wären dieselben zufrieden, denn die ganze Sache ist nicht so ernst. Da G. noch eine Wirtschaft als Nebenbetrieb hat, so glauben wir, daß er die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat. Die Kommission ging nach Mühlheim, um vorstellig zu werden, aber beide Herren waren bereits bis abends 6 Uhr. Die Kommission mußte halt warten, bis die Herren eintrafen. Bewilligt wurde auf eine Sorte 30 Pfg., während die andere leer ausgingen. Als man für die Deckblätter 1.80 Mk. verlangte, welche bis jetzt 1.30 Mk. hatten, erklärte sich B. für den Preis, ging nach Herrheim und machte Deckblatt. Trotz alledem erklärten die Fabrikanten, nochmals mit der Kommission in Unterhandlung zu treten. Als nun die Kommission den Meister G. einlub, sich bei den Herren Salzmänn und Brause zu verteidigen wegen jener Beleidigung, nahm er dies an. Die Kommission wurde wieder vorstellig, aber G. erwiderte nicht, und Herr Salzmänn fragte, warum sich G. nicht verteidigt. Da Herr Salzmänn allein zu Hause war, konnte er nicht in Unterhandlung treten, hinterließ aber, wir sollten nochmals am Telefon anfragen. Nach zwei Tagen fragte man an, aber die Antwort, die zurückkam, war, sie ließen sich auf nichts mehr ein. Wir glauben, daß dieses bloß die Beeinflussungen von Seiten der Herren Werkmeister bewirkt haben. Jetzt hatten die letzten Verhandlungen ihr Ende und zur Entscheidung rief man die letzte Versammlung ein, in der abgestimmt wurde, wer für und wer gegen den Streit ist. Erwähnen möchte ich, daß die Bewegung von christlicher Seite angeknüpft wurde. Es stimmten 14 für und 9 gegen den Streit. Der Vertrauensmann der Filiale machte einem Mitglied den Vorwurf, warum es für den Streit gestimmt hat. Traurig aber wahr, daß christliche Mitglieder da waren, welche sagten, daß sie mit der Unterstützung, welche sie bekommen, nicht auskommen könnten. Durch Beeinflussung und niedere Unterstützung gelang es den friedliebenden Christlichen, die Bewegung zu verhüten, wofür die Herren Werkmeister sowie die Herren Prinzipale, Salzmänn und Brause, jenen ihren verbindlichsten Dank schulden.

Herrheim. Wie allen Tabakarbeitern Deutschlands bekannt ist, leidet Süddeutschland unter der Beeinflussung der Geistlichen. Herrheim ist aber der Ort, der am schwersten darunter zu leiden hat. Wir wollen hier nur einige Beispiele angeben, wie gegen uns agitiert wird. Im September hatten wir einen Kollegen aufgenommen, welcher Mitglied im Christlichen Verbands war. Derselbe Kollege war aber nicht lange Mitglied bei uns, denn als der „gute Hirte“ Nachricht davon erhielt, daß wir ein Schäflein von seiner Herde genommen hatten, machte sich derselbe schleunigst auf den Weg, um das verlorene Schäflein zu retten und es seiner Herde wieder zuzuführen. Dieser Kollege steuerte unter seiner Leitung nun wieder dem Indifferentismus zu. Im November ging eine Kollegin zur Beichte, um ihre kirchlichen Pflichten zu erfüllen; aber weil sie Mitglied im Freien Verbands war, so mußte sie ohne Absolution wieder gehen. Das Mädchen erklärte darauf ihren Austritt aus unserem Verband, weil sie einen solchen Kampf mit dem „guten Hirten“ nicht führen wollte. Am 15. Dezember ging es einem andern Mitgliede ebenso, und so folgt eins aufs andre. Alle dieser Hindernisse werden uns in den Weg gelegt zur Hemmung des weiteren Ausbaues unserer Zahlstelle. Diese erwähnten Hindernisse haben wir nicht den Mitgliedern im Christlichen Verbands zuzuschreiben, sondern ihrem „guten Hirten“. Sein Hauptziel ist die Zerspaltung und Vernichtung unserer Zahlstelle. Diese „guten Hirten“ mögen jedoch tun, was sie wollen, sie werden doch niemals die Macht besitzen, uns so zu vernichten, wie sie glauben. Werte Kollegen und Kolleginnen! An Euch richte ich jetzt noch einige Worte, die Ihr beherzigen sollt. Wenn Euch jemals ein solcher Angriff widerfährt, so bekämpft denselben aufs äußerste; sollte es einem nochmals widerfahren, in der Beichte angegriffen zu werden, so bekämpft Eure Mitgliedschaft, denn sie haben nicht das Recht, im Bewußtsein politische Arbeiterinteressen zu verhandeln; wollen sie uns bekämpfen, so sollen sie in unsere Versammlungen kommen. Kollegen und Kolleginnen! Schredt nicht zurück, denn es werden noch Zeiten kommen, wo sie uns anerkennen werden. Drum haltet fest an Eurer Organisation.

Erwähnt sei noch, daß der betreffende Geistliche in die Wohnung des oben angegebenen Kollegen ging und dort auch forderte, daß das Blatt, das dort gelesen wurde, aus dem Hause müsse. Gemeint war der Tabak-Arbeiter. Am 16. Dezember hatten wir eine Versammlung, zu der sämtliche Gegner eingeladen waren. Aber sie kamen nicht, wegen ihres Sündenregisters. Referent in der Versammlung war Genosse Krohn, unser Gauleiter aus Speyer.

Kreuznach. Am 16. Dezember fand im Saale der Viktoria eine Protestversammlung statt gegen die uns bedrohende Tabaksteuer, zu welcher Kollege Ludwig Klein-Köln Vortrag hielt. In der weiteren Verhandlung wurde folgende Resolution, die ganz dem Sinne des Vortragenden entspricht, angenommen: „Die am 16. Dezember 1905 im Saale der Viktoria in Kreuznach stattfindende Volksversammlung erkennt in der geplanten Mehrbelastung des Tabaks eine Maßnahme, die geeignet ist, Tausende und Aber-tausende von Arbeitern brotlos zu machen und viele andere

Existenzen zugrunde zu richten. Zugleich würden dadurch die Gemeinden in unverantwortlicher Weise belastet, indem die Armenunterstützung ins Ungemessene sich steigern müßte. Die Versammlung ist überzeugt, daß die Mehrbelastung nur deshalb in Aussicht genommen ist, weil durch die ungeheure Steigerung der Lasten für den Militarismus und Marinismus immer neue Steuerquellen eröffnet werden müssen. Sie verurteilt diese un-aufhörlichen Müstungen, in denen sie keine Gewähr für den Frieden erblickt, ebenso scharf, wie die Belastung des Tabaks und anderer Konsum- und Bedarfsartikel. In Erwägung, daß die Mehrbelastung des Tabaks außer der Brotlosmachung tausender Existenzen die Ausbreitung der allgemein schädlichen Heimarbeit fördert, die Herabdrückung der Arbeitslöhne begünstigt und somit Not und Elend zur Folge hat, ersucht die Versammlung insbesondere den Abgeordneten des Kreises Kreuznach-Simmern, Herrn Professor Dr. Baasche, gegen jede, wenn auch noch so geringe Mehrbelastung des Tabaks zu stimmen. Die Versammlung betrachtet alle diejenigen Abgeordneten, die ihre Hand zur weiteren Belastung des Tabaks bieten, als Verräter an den Interessen des Volkes.“ Im Schlußwort forderte Kollege Klein die Kollegen auf, sofern sie noch nicht dem Verbands angehören, sich demselben anzuschließen. — Im Anschluß fand am Sonntag, den 17. Dezember, im Saale der Aktienbrauerei in Bingen eine Protestversammlung mit demselben Redner statt. Im Schlußwort legte Kollege Klein den Binger Kollegen die Vorteile des Deutschen Tabakarbeiterverbandes dar. Man hofft, auch in Bingen, sobald die neuen Statuten in Kraft getreten sind, durch eine nochmalige Versammlung für den Verband festen Fuß zu fassen, um dem Verbands eine Zahlstelle zuführen zu können.

Merseburg. Am 16. Dezember fand in der Funkenburg eine Mitgliederversammlung statt, in welcher die Kollegen folgende Personen in die Kommission wählten: G. Allritz, P. Halfter, W. B. Pöschke, Karl Diebe und Fr. C. Nach kurzen Auseinandersetzungen über die Generalversammlung in Leipzig, kam über die Entziehung der Urabstimmung folgende Resolution zur Annahme:

„Die heute in Merseburg in der Funkenburg tagende Tabakarbeiterversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung über die Entziehung der Urabstimmung nicht einverstanden, sondern protestiert energig gegen dieselbe.“

Nordhausen. (Berichtigung.) Im Bericht über die Gaukonferenz muß es heißen: Klasse 1a und 1b, ferner 2c, nicht 2b. Auch ist festzustellen, daß der Gauleiter sich ganz auf den Standpunkt der Leipziger Generalversammlungsbeschlüsse stellte und für sie zu agitieren ersuchte.

Sprottau. Am 16. Dezember fand im Goldenen Frieden eine öffentliche Protestversammlung der Tabakarbeiter gegen die vorliegende Tabaksteuererhöhung statt. Die Tagesordnung lautete: Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und die Tabaksteuer. Als Referent war Kollege May Riesel-Berlin erschienen. Derselbe führte in seinem einstündigen Vortrag in großzügigen Worten den Anwesenden die überaus traurige Lage der Tabakarbeiter vor Augen. Redner forderte am Schluß seines Vortrags auf, energigsten Protest gegen dieses ungerechte Steuersystem zu erheben. An der Diskussion beteiligte sich der auf Einladung von Seiten des Obmannes der Kommission, Kollegen G. Langner, erschienene Vertreter des hiesigen Wahlkreises, Herr Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.). Genannter Herr äußerte sich im Sinne des Referenten und versprach, die vom Vorsitzenden, Kollegen Langner, verlesene und einstimmig angenommene Protestresolution auch im Reichstage zu vertreten.

Merksblatt.

Der Geistliche liest und abonniert die Blätter, die für seinen Beruf und seine Klasse Interesse haben.
Der unorganisierte Arbeiter liest die sogenannte „unparteiische“ Presse.
Der Arzt liest medizinische Schriften.
Der unorganisierte Arbeiter liest die sogenannte „unparteiische“ Presse.
Der Advokat liest juristische Fachzeitschriften.
Der unorganisierte Arbeiter liest die sogenannte „unparteiische“ Presse.
Der Kaufmann liest kaufmännische Blätter.
Der unorganisierte Arbeiter liest die sogenannte „unparteiische“ Zeitung.
Der Kapitalist liest die Presse, die seine Interessen berührt.
Der unorganisierte Arbeiter liest die gesinnungslose Presse, die seine Interessen nicht berührt.
Der Fabrikant liest die Presse, die ihm dient.
Der unorganisierte Arbeiter liest die partei- und gesinnungslose Presse.

Es gibt aber auch noch zahlreiche organisierte Arbeiter, die denselben Fehler begehen. Sie sollten in erster Linie wissen, daß es in ihrem eignen Interesse liegt, die Arbeiterpresse durch Abonnement zu unterstützen.

Quittung.

Zur Bekämpfung der Tabaksteuer gingen im zweiten Gau (Bremen) folgende Gelder ein:

Bremen	298,70 Mk.
Sulingen	12,40 „
Scharnbeck	11,45 „
Altenbruch	5,— „
Summa:	327,55 Mk.

Alle Gelder, welche in den Orten, die zum zweiten Gau gehören, zu oben angeführtem Zweck gesammelt werden, müssen laut Konferenzbeschluss vom 8. Dezember an Chr. Blome, Bremen, Oberstraße 64, gesandt werden.

Tabakarbeiter Berlins.

Montag, den 8. Januar 1906, abends 8 Uhr

Öffentl. Protest-Versammlung

Im grossen Saale der Brauerei Friedrichshain am Königsstor.

Tagesordnung:

Das geplante Attentat auf die Tabak-Industrie

Referent: August Bebel.

Sämtliche Kassenstunden fallen an diesem Abend aus und finden Dienstag, den 9. Januar, statt.

Die Kommission. S. U.: Karl Butz.

Hienfong Essenz

extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Dugend Mk. 2,50 (30 Flaschen Mk. 7.—, tollensfrei überallhin). Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).

Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Kollege Paul Schreiber aus Niederplanitz, S. I. 5425, aufhält, werden gebeten, seine Adresse wegen Verbandsangelegenheiten an das Bureau der Zahlstelle Dresden, Nitzbergstr. 2, zu senden.

Nicolaus Beck

Dampfsägewerk u. Zigarrenkistenfabrik Burg bei Bremen.

Lieferung von Zigarrenkistenbreitern aus Fehern- und Eichenholz und Anfertigung fertig ausgestattet. Zigarrenkisten. Auf Wunsch sende ich sofort Muster von Zigarrenkisten-Ausstattungen mit Angabe der Preise für fertige Kisten.

Einlage.

Ich schneide, wache, beize und röße jeden Posten Tabakrippen zu Zigarren-Einlagen (wollig), wie auch zu Pfeifentabak billigt gegen Lohn. (Wasserkraft). Kaufe stets Rippen gegen Kasse. Ferner offeriere Rippen-einlage à 11/2 Mk. pro Zentner. Otto Steiner, Anstalt Bruchsal (Baden).

Paul Andlauer

Schlettstadt (Elsass) Aus- u. inländische Cigarrentabake.

Lager in Amsterdam, Bremen, Hamburg. Eigene Fermentation Glässer und aller deutschen Cigarrentabake. Meinem Freund und Kollegen Andreas Wickertshelm zu seinem am 9. Januar stattfindenden 29. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. K. Liebler, Gera. Unserem Kollegen Franz Müller und seiner lieben Braut zu ihrer am 31. Dezember stattgefundenen Vermählung ein dreimal donnerndes Hoch! Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Reudorf i. Anh.

Kindersegen — u. kein Ende?

Ein Wort an denkende Arbeiter von Fritz Bruphacher Arzt in Bück. — Preis 30 Pfg. — Volksbuchhandlung Leipzig Lauchaer Str. 19/21.

Codes-Anzeigen.

Am 23. Dezember verstarb nach kurzem Krankenlager der Zigarrenmacher Gottlieb Schmidt im Alter von 74 Jahren. Selbiger gehörte seit 1. August 1887 dem Verband an und war vordem Mitglied des Freischaftlichen Tabakarbeiter-Berlins. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Eilenburg.

Am 23. Dezember verstarb nach langem Leiden unser Kollege Karl Ziebe aus Prück. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Brandenburg a. S.

Am Donnerstag, den 29. Dezember, starb nach langem Leiden das Mitglied Karl Schmied aus Bernigerode. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Bernigerode.

Briefkasten.

Bureau der Zahlstelle Dresden, Nitzbergstr. 2, 70 Pfg. — K. Liebler, Gera, 50 Pfg. — Kollegen der Zahlstelle Reudorf i. Anh. 60 Pfg.